T 1.1 Globalalternative Gerechtigkeit für Mensch und Tier

Antragsteller*in:	Landesvorstand und Joschka Knuth (KV Rendsburg-Eckernförde)
Beschlussdatum:	23.10.2020
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu T 1

Tierschutz ernst nehmen – Handel mit Haus- und Wildtieren regulieren

Tierschutz ist als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Damit sind wir dazu verpflichtet, Tiere zu achten und ihnen vermeidbare Leiden, in der Haltung und auch bei der Schlachtung, zu ersparen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gewährleistung des Tierschutzes die Art und Weise der Nutzung bestimmt, und nicht umgekehrt.

„Grüner statt größer werden“ ist unser Leitmotiv für die Tierhaltung der Zukunft. Wir wollen allen Tieren ein würdiges Leben ermöglichen. Mit der Einführung des Verbandsklagerechts, unsere Initiative für ein Verbot der Pelztierzucht, dem Landesprogramm zur Katzenkastration, der Benennung einer Landestierschutzbeauftragten, unseren Initiativen zur Weidehaltung, zur Änderung der Tierschutznutztierhaltungsverordnung und zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Projekte auf den Weg gebracht.

Insbesondere im Bereich der Heimtierhaltung, der Tierheime und des Vollzugs von Tierschutzkontrollen braucht es weitere Grüne Initiativen.

Auch bedingt durch die Corona-Situation haben sich in den vergangenen Monaten immer mehr Menschen Haustiere zugelegt, die am Ende im Tierheim landen oder nicht fachgerecht gehalten werden.

Der nicht fachgerechten Haltung von Hunden wollen wir durch einen Hundeführerschein vorbeugen. Dem Aussetzen von Katzen und Hunden wollen wir mit einer Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde und Katzen begegnen.

Zunehmend stellt uns auch der illegale Online-Handel mit Haustieren sowie der illegale Handel mit Wildtieren vor Herausforderungen. Er führt zu prekären und tierschutzfeindlichen Zuchtsituationen, dezimiert gefährdete Arten im globalen Süden und bringt die Gefahr der Einschleppung von Zoonosen mit sich.

Wir wollen uns deshalb einsetzen für die Regulierung des Online-Handels mit Haustieren und die Einführung einer Positivliste für den Handel mit Wildtieren bei einem gleichzeitigen Verbot des Handels mit Wildfängen.

Auch die Tierheime im Land leisten wichtige und wertvolle Arbeit, sind aber oftmals überfüllt und haben existentielle Geldsorgen aufgrund nicht auskömmlicher Finanzierungsverträgen mit den Gemeinden. Wir fordern, dass die Fundtierrichtlinie überarbeitet wird und wollen insbesondere erreichen, dass die Städte und Gemeinden den Tierheimen für die Aufbewahrung und Pflege von Fundtieren eine auskommende Erstattung zahlen.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Kornelia Mrowitzky (KV Herzogtum Lauenburg); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde)